

Anne Hennings

Das Konfliktpotenzial exklusiver *Landgrabbing*-Praktiken

Eine Herausforderung für den regionalen Frieden

Der derzeitige globale »*Landrausch*« stellt sowohl Investoren, Regierungen als auch lokale Bevölkerungen aufgrund seiner räumlichen sowie zeitlichen Dimensionen und des damit einhergehenden Konfliktpotenzials vor neue Herausforderungen. Neben Kleinbäuer_innen sind, durch systematische Marginalisierung sowie durch Exklusion von Kompensation und Aushandlungsprozessen, besonders pastorale Gruppen massiv von Landinvestitionen und deren Folgen betroffen. In Äthiopien ist zunehmend zu beobachten, wie durch den Prozess sozialer Schließung im Sinne Max Webers der pastorale Zugang zu Ressourcen bzw. Informationen limitiert und zugleich der politische sowie ökonomische Einfluss der Elite maximiert werden. Hall et al.'s Ansatz der Powers of Exclusion folgend, analysiere ich anhand des Fallbeispiels South Omo in Äthiopien die vier Machtdimensionen Regulierung, Markt, Gewalt und Legitimation. Um das Ausmaß exklusiver Landnahmepraktiken aufzuzeigen, werden darüber hinaus die verschiedenen Formen sozialer Exklusion vor dem Hintergrund der historischen Marginalisierung von pastoralen Bevölkerungsteilen untersucht. Anschließend werden die Konsequenzen exklusiv gestalteter Landinvestitionen für das (regionale) Konfliktrisiko aufgezeigt.

Schlagworte: Äthiopien, großflächige Landinvestitionen, soziale Exklusion, Pastoralismus, Partizipation

1. Einleitung

Die Themen Landinvestitionen, *Landgrabbing*, Landnutzungswandel sowie damit verbundene Konsequenzen sind in den letzten Jahren zunehmend in den Fokus der Berichterstattung und Forschung gerückt. Während zumeist die Implikationen für Kleinbäuer_innen in Ländern des Globalen Südens diskutiert werden, mangelt es an Untersuchungen zu den Auswirkungen auf pastorale Gruppen, deren Lebensgrundlagen zunehmend durch großflächige Landinvestitionen bedroht werden. Wie auch Kleinbäuer_innen erhalten Pastoralist_innen, deren Lebensgrundlage die mobile Viehwirtschaft bildet, selten Mitspracherecht oder werden für den Verlust ihrer

Weideflächen kompensiert. Häufig basiert diese Exklusion zudem auf der systematischen Marginalisierung pastoraler Gruppen, die oft als »rückständig« und »nicht-modern« gelten, und verstärkt die bestehenden politischen, institutionellen und kulturellen Marginalisierungsdynamiken. Zugleich begünstigt die Verknappung von Böden, Weideflächen und Wasserressourcen sozioökonomische Disparitäten und kann, wie am Beispiel Äthiopiens deutlich wird, eine Gefahr für den regionalen Frieden darstellen.

Man spricht von großflächigen Landinvestitionen bzw. von Agrarinvestitionen, wenn durch das Kaufen oder Pachten von großen Landflächen eine Privatisierung und Kommerzialisierung von gemeinschaftlich nach Gewohnheitsrecht bewirtschafteten Böden und Ressourcen sowie dadurch eine Veränderung des Bodenbesitzsystems bewirkt werden (Merlet/Jamart 2009: 9). Dies allein mag für die Betroffenen zunächst keine negativen Auswirkungen haben. Treten hingegen Menschenrechtsverletzungen auf, werden soziale, ökonomische, ökologische und genderspezifische Konsequenzen missachtet, fehlt es darüber hinaus an Transparenz, an demokratischer und kommunaler Partizipation sowie an freier, vorheriger und informierter Konsensbildung, so spricht man von *Landgrabbing* (Tirana Declaration 2011). *Exklusion* ist dabei integraler Bestandteil dieser Definition. Besonders in multiethnischen Ländern sind Minderheiten im Zusammenhang mit *Landgrabbing* oft von Exklusion bedroht (Lay/Nolte 2011: 5). In Äthiopien wird die Situation entgegen verschiedener lokaler Liberalisierungsprozesse zudem durch mangelnde Informations- und Partizipationsmöglichkeiten der betroffenen Bevölkerungsteile verschärft. 2010 hat die äthiopische Regierung die Arbeit von Nicht-regierungsorganisationen massiv eingeschränkt und zeigt nicht zuletzt dadurch zunehmend autoritäre Züge auf (Dupuy et al. 2014 sprechen von einem »quasi-authoritarian regime«).¹ Die Folgen sind besonders in Oromiyaa, Gambella und South Omo sichtbar. Die mangelnde demokratische Mitwirkung erklärt die bestehende Disparität zwischen tradiertem Nutzungsrecht und den exklusiven Praktiken der Landvergabe jedoch nur zum Teil. Vielmehr bieten Agrarinvestitionen durch die politische Elite, abgesehen von ökonomischen Profiten, ebenfalls die Möglichkeit, innerstaatliche Machtinteressen zu verfolgen. Jüngere Entwicklungen weisen darauf hin, dass das äthiopische Regime großflächige Landinvestitionen auch als Legitimation dafür nutzt, bestimmte (v. a. pastorale) Bevölkerungsteile zu marginalisieren. Zusammen mit der räumlichen Exklusion von traditionellen Weideflä-

1 Autoritäre Regime zeichnen sich dadurch aus, dass sie a) die Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung stark einschränken, b) öffentliche Willensbildungsprozesse (Presse-, Informationsfreiheit) und die öffentliche Auseinandersetzung über politische Entscheidungen stark behindern und c) die pluralistische Interessenvielfalt begrenzen (Schubert/Klein 2011: 31).

chen und spirituell wichtigen Orten werden zudem zunehmend (interethnische) Spannungen geschürt. In diesem Zusammenhang untersuche ich folgende Fragen: Welche pastoralen Exklusionsprozesse gehen in Südalien konkret mit großflächigen Landinvestitionen einher und wie wirken sich diese auf das Konfliktpotenzial in der betroffenen Region aus? Dabei werden anhand der fünf Dimensionen – ökonomische, kulturelle, politische, institutionelle und räumliche Exklusion – das Ausmaß sozialer Exklusion in South Omo aufgezeigt sowie mit dem Ansatz der *Powers of Exclusion* von Hall et al. (2011) die zugrundeliegenden Machtdynamiken analysiert.

Nach der konzeptionellen Einbettung der *Powers of Exclusion* erfolgt eine kritische Analyse des Fallbeispiels South Omo in Südalien, insbesondere in Hinblick auf die historische Beziehung zwischen Staat und Peripherie, rechtliche Landbesitzregulierungen und die legitimierenden Diskurse der Landvergabe an Investoren. Anschließend werden die Exklusionsdimensionen sowie das Konfliktpotenzial, welches *Landgrabbing* unter diesen Voraussetzungen birgt, aufgezeigt. Für die Analyse sind dabei die folgenden drei Entwicklungen von zentraler Bedeutung: 1.) Die konsequente Weiterführung der historischen Ausgrenzung pastoraler Gruppen von wirtschaftlicher Entwicklung und sozialen Diensten, indem der Staat sich Land aneignet, obwohl Gemeinschaftsrechte in der Verfassung festgehalten sind; 2.) die Bedrohung der pastoralen Existenz und kulturellen Identität durch den Verlust von Weideflächen und Wasserressourcen sowie die (erzwungene) Umsiedlung in permanente Dörfer; 3.) zunehmende (gewaltsame) Konflikte zwischen Pastoralist_innen und Investoren, der staatlichen Ordnungsmacht und Arbeitsmigrant_innen aus dem Norden, sowie, aufgrund grenzübergreifender kultureller Verflechtungen, intensivierte interethnische Konflikte in den Nachbarländern Südsudan und Kenia.

2. Dimensionen sozialer Exklusion und das Zusammenspiel von Regulierung, Märkten, Gewalt und Legitimation

Die multidimensionalen Konsequenzen der globalen Landnahme für Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt variieren je nach lokalem Kontext. Eine Analogie tritt dennoch in den Vordergrund: großflächige Landakquisitionen gehen weltweit, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, mit sozialer Exklusion einher (Anseeuw et al. 2012: 40-41). Generell ist soziale Exklusion als dynamischer Prozess zu bezeichnen, bei dem »individuals, households, communities or even whole social groups are pushed towards or kept to the margins of society. It encompasses not only material deprivation but also more broadly the denial of opportunities to participate fully in social

and civil life« (Democratic Dialogue 1995). Menschen können dabei von ihren Lebensgrundlagen, Eigentum, Land, kulturellem Kapital, Bildung, gesicherter Beschäftigung, Konsum, Staatsbürgerschaft, der Gleichheit vor dem Gesetz, öffentlichen Gütern oder demokratischer Partizipation ausgeschlossen werden. Soziale Exklusion wird daher auch als Extremform von Marginalisierung bezeichnet.² Levitas et al. konkretisieren den Begriff weiter und entwickelten folgende Definition:

»Social exclusion is a complex and multidimensional process. It involves the lack or denial of resources, rights, goods and services, and the inability to participate in the normal relationships and activities, available to the majority of people in a society, whether in economic, social, cultural or political arenas. It affects both the quality of life of individuals and the equity and cohesion of society as a whole« (Levit et al. 2007:25).

Gerda Jehoel-Gijsbers konzeptualisierte das Phänomen und erarbeitete Charakteristika und Risikofaktoren auf Mikro- und Kontextebene. Ihr zufolge liegt die Verantwortung insbesondere bei Regierungen, die durch ihr (Nicht-)Handeln das Risiko sozialer Exklusion erhöhen oder verringern können. Gleichzeitig können globale Entwicklungen, wie strukturelle Veränderungen im Beschäftigungssektor, Rezessionen sowie demografischer oder kultureller Wandel, indirekt zu sozialer Exklusion beitragen (Jehoel-Gijsbers/Vrooman 2007: 15-16).

Im Kontrast zu den Konzepten Armut und Deprivation ist soziale Exklusion multidimensional zu verstehen und schließt den Aspekt der gesellschaftlichen Partizipation mit ein; mit Jordi Estivills Worten: »If poverty is a photograph, exklusion is a film« (2003: 21). Soziale Exklusion ist kulturspezifisch und umfasst ein ganzes Spektrum an Ausschlussmechanismen, die sich gegenseitig verstärken können. Gerry Rodgers et al. unterscheiden neben der »sozioökonomischen Dimension« die »kulturelle Exklusion« (1995: 30). Letztere resultiert aus der (Ab-)Wertung anderer Norm- und Wertesysteme und einer damit verbundenen geringeren Akzeptanz anderer Lebensstile. Im Extremfall können kulturelle Exklusionsprozesse zu einem (partiellen) Identitätsverlust führen, wovon besonders indigene Gruppen betroffen sind (Popay et al. 2008: 68-70; Anthias 2001: 852). Im Kontext der Urbanisierung spricht Floya Anthias auch von »räumlicher Exklusion« (2001: 839), die aber durchaus auch im Kontext von großflächiger Vertreibung und Landnahme in ruralen

2 »The result of marginalization is less access to economic resources and to power. The devaluation and stigmatization of particular groups and discriminatory practices tend to make this situation seem normal« (Juliano 2001: 32).

Kontexten auftreten kann. Ungleicher bzw. mangelhafter Zugang zu bürgerlichen, sozialen und politischen Rechten, fehlende Partizipation und Beteiligung an Entscheidungsprozessen stellen Exklusionsmechanismen auf »institutioneller« Ebene dar (Saraceno 2001: 3-4). Ferner sind Inklusionsprozesse, die von Unterordnung, Ausbeutung und Assimilation gekennzeichnet sind, wie bspw. die Ausbeutung illegaler Migrant_innen als Arbeitskräfte, eine Unterkategorie sozialer Exklusion (Anthias 2001: 839). Für »politische Inklusion« hingegen müssen Young (2001, Kap. 2) zufolge zwei Bedingungen erfüllt sein: 1.) Effektive Partizipation in Entscheidungsprozesse sowie 2.) eine öffentliche Politik, welche die Bedürfnisse und Ansprüche verschiedener Gruppen adressiert. Eine Herausforderung hierbei sind Demokratisierungsprozesse in multiethnischen Gesellschaften, in denen Mehrheitsinstitutionen tendenziell politische Exklusion fördern.³ Zugleich spielt Korruption eine zentrale Rolle, da sie demokratische Grundprinzipien unterminiert und meist die Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen (gezielt) lanciert (Warren 2006). Die vorsätzliche Exklusion durch die Monopolisierung von Ressourcen, Privilegien und Macht bezeichnet Max Weber als soziale Schließung (Mackert 2004; Murphy 1996). Demzufolge werden Restriktionen gezielt eingeführt, um den Zugang zu Ressourcen bzw. Informationen zu limitieren und den politischen sowie ökonomischen Einfluss der Elite zu maximieren.

Während die zuvor genannten Formen sozialer Exklusion für den Analyserahmen hilfreich sind, um das Exklusionsausmaß abzustecken, ermöglicht erst die Analyse der dahinterliegenden Machtdynamiken, Exklusionsprozesse im Kontext staatlicher Landnahme als Ganzes zu verstehen und potenzielle Lösungsstrategien zu identifizieren. Dieser Artikel bedient sich daher einer Kombination beider Ansätze, um exklusive Landnahmepraktiken in Äthiopien umfassend zu untersuchen und deren Konfliktpotenzial aufzeigen zu können. Für die Analyse der Machtdynamiken greife ich auf das Konzept der *Powers of Exclusion* von Hall et al. (2011) zurück, die Exklusionsprozesse, deren Ursachen sowie involvierte Akteure in Hinblick auf Zugang, Kontrolle und Nutzung von Land in Südostasien untersucht haben. Die Autor_innen argumentieren, dass Machtstrukturen Exklusion inhärent sind und sich aus der Interaktion zwischen Regulierung, Einfluss bzw. Gewalt,⁴ Markt und Legitimation ergeben, wobei diese eng miteinander verbunden sind (Hall et al. 2011: 4-18). Zusammen konstituieren diese vier Aspekte die »Macht der Exklusion«.

- 3 Machtteilungsprinzipien, wie Föderalismus, Verhältniswahlrecht, die Bildung großer Koalitionen oder der konstitutionelle Schutz von Minderrechten, können hingegen inklusionsfördernd sein und das Risiko ethnischer Konflikte verringern (Horowitz 2000: 604).
- 4 Die Autor_innen sprechen von *force*, was im deutschen Sprachgebrauch sowohl die Dimensionen Einfluss, Gewalt und Macht beinhaltet.

Regulierung umfasst sowohl formelle als auch informelle Richtlinien und Gesetze, die den Zugang zu Land und dessen Nutzungsbedingungen reglementieren. In diesem Zusammenhang sind vier Aspekte zentral, die durch die Macht der Regulierung determiniert werden: Grenzziehungen, Vorgaben für die Landnutzung (z. B. für Naturschutzzwecke, Wohnflächen, Tourismus, Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft oder Waldflächen), Besitzrechte sowie Besitzansprüche, die durch Individuen, den Staat oder ethnische Minderheiten geltend gemacht werden. Aus der Perspektive der exkludierten Bevölkerung wird diese Machtdimension als »es ist nicht erlaubt« wahrgenommen (Hall et al. 2011: 15). Dabei werden Regeln nicht nur vom Staat vorgegeben, sondern können auch aus dem Gewohnheitsrecht resultieren. Zudem müssen (formelle) Regulierungen nicht immer entsprechend implementiert werden. Ursachen hierfür können überlappende Verantwortlichkeiten, im Konflikt stehende Behörden, Widersprüche zum bestehenden Gewohnheitsrecht oder auch Korruption sein. Die Dimensionen Regulierung und Gewalt sind eng miteinander verknüpft, da der Staat zumeist der einzige Akteur ist, der Gewalt als legitimes Mittel einsetzen kann. Gerade im Kontext von *Landgrabbing* wird staatliche Gewalt jedoch nicht nur als Mittel angewandt, um Regulierungen durchzusetzen (Hall et al. 2011: 16). Häufig dient Gewalt auch der Verteidigung bzw. Durchsetzung privater Interessen von einflussreichen Akteuren. Gewalt wird vor allem von der staatlichen Exekutive, wie Polizei, Militär oder Militärpolizei, bzw. privaten Sicherheitskräften, gegen die zu exkludierende Bevölkerung angewandt, kann sich aber andersherum auch gegen den Staat bzw. die Investoren richten. Gleichzeitig ist Gewalt zumeist in indirekter, impliziter Form vorhanden und kann allein dadurch ein Klima der Unsicherheit schaffen. Während die zweite Dimension durch (die Androhung von) Gewalt ausschließt, limitiert die Macht des Marktes hingegen durch Preise und investorenfreundliche Anreize den Zugang zu Land. Wahrgenommen – je nach Perspektive – als »ich kann es mir nicht leisten« oder in abstrakter Form als Hoffnung oder Versprechen für die Zukunft, spielen neben Landpreisen und Beste-chungsgeldern auch Weltmarktpreise eine wichtige Rolle (Hall et al. 2011: 17-18). Letztere können sprunghaft zu neuen Landaneignungen führen. Derzeit ist zum Beispiel aufgrund der gestiegenen Weltmarktpreise geradezu ein »Pfefferplanta-genrausch« in Kambodscha zu beobachten. Der Staat interveniert unter anderem, indem bestimmte Bevölkerungsgruppen bevorzugt behandelt werden. Häufig gibt es sogar direkte personelle Überschneidungen zwischen Nutznießer_innen und Regulierenden, was die Verflechtung zwischen der Macht des Marktes und der Macht der Regulierung verdeutlicht. Die vierte Dimension, Legitimation, wiederum bildet die moralische Basis dafür, Regulierungen sowie die soziale und politische Akzeptanz von Märkten und Gewalt zu durchzusetzen. Dabei können verschiedene legi-

timierende Diskurse im Konflikt zueinander stehen. Während Investoren Land aus ihrer Sicht legitim erworben haben, kann dieses für betroffene Bevölkerungen kulturell inhärent und Teil ihrer Identität sein. Vom Staat werden meist nationalistische und Entwicklungsdiskurse (»zum Wohle der Nation«) oder zum Teil wissenschaftliche Erkenntnisse angebracht, um die Landnahme und die damit einhergehende Exklusion zu legitimieren (Hall et al. 2011: 18). Ferner hat die physische und sozioökonomische Distanz zwischen den Akteuren direkten Einfluss auf die Macht der Legitimation.

Für die Analyse der Machtdynamiken exklusiver *Landgrabbing*-Praktiken dienen als Leitfaden entsprechend die vier Aspekte Regulierung, Gewalt, Markt und Legitimation. Dabei argumentiere ich, dass zwar alle vier Machtdimensionen eine zentrale Rolle spielen, jedoch die Aspekte Legitimität und Gewalt im Fallbeispiel Äthiopien eine besondere Funktion einnehmen. Die Untersuchung stützt sich in erster Linie auf Gesetzestexte, historische Aufzeichnungen und Berichte von Forschungsinstituten beziehungsweise von Thinktanks, wie dem *Oakland Institute* oder *Human Rights Watch*, zu Hintergrund, Ausmaß und Auswirkungen von Land- und Ressourceninvestitionen für die betroffenen Bevölkerungsteile und die Umwelt. Darüber hinaus erhielt die Autorin während eines sechsmonatigen Aufenthaltes in Äthiopien 2011/12, u. a. auch in South Omo, direkte Einblicke in die aktuelle Land- und Entwicklungspolitik und die Konsequenzen der Landnahme für pastorale Bevölkerungsgruppen.

3. Pastoralist_innen im Spannungsfeld der äthiopischen Entwicklungsstrategie

Zemenawinet – das äthiopische Wort für Moderne – ist zugleich eng verknüpft mit der Entwicklungsstrategie der Regierung.⁵ Die Ambitionen des *developmental states* Äthiopiens beziehen sich dabei nicht nur auf ökonomisches Wachstum, sondern auch auf die Wahrung und Durchsetzung nationaler Interessen (Loriaux 1999: 235).⁶ Während Äthiopiens Wirtschaft verhältnismäßig protektionistisch agiert, legitimiert das Streben nach Modernität und schnellem wirtschaftlichen Wachstum zunehmend großflächige nationale sowie internationale Investitionen in Landwirtschaft, Bergbau und Infrastruktur in zumeist (peripheren) Gebieten. Im Kontext der

- 5 Weitere Hintergrundinformationen zum Begriff und der »äthiopischen Moderne« siehe Wolde Giorgis (2012).
- 6 Adrian Leftwich zufolge weisen *developmental states* folgende Charakteristika auf: eine zielstreibige, entwicklungsorientierte Elite; eine einflussreiche, kompetente und isolierte Bürokratie mit relativer Autonomie; eine schwache und unterdrückte Zivilgesellschaft, effektives Management nicht-staatlicher wirtschaftlicher Interessen und leistungsisierte Legitimität (2000: 152-153).

Neuausrichtung der äthiopischen Entwicklungsstrategie 2010 und der globalen Wertzunahme von fruchtbarem Agrarland fokussiert sich die Hoffnung auf wirtschaftliches Wachstum besonders auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität durch Kommerzialisierung. Dem asiatischen Modell der Tigerstaaten folgend, soll Äthiopien zudem bis 2025 mithilfe des *Growth and Transformation Plans* (GTP) zu einem Land mit mittlerem Einkommen aufsteigen (MoFED 2010). Die Umsetzung des GTP wird dabei von der politischen Elite, die häufig einen tigrayischen Hintergrund hat, gesteuert. Während diese die Kontrolle über alle entscheidenden Institutionen in Äthiopien ausübt, werden zugleich andere ethnische, und insbesondere pastorale Gruppen kontinuierlich marginalisiert (Markakis 2011: 39-40; PFE/IIRR/DF 2010: 30). So werden Pastoralist_innen beispielsweise nicht in Entscheidungsprozesse und in die Entwicklung von Modernisierungsstrategien miteinbezogen. Entgegen der verbreiteten Annahme zeigt Christina Gabbert, dass pastorale Gruppen durchaus an sozioökonomischer Entwicklung interessiert sind – sofern diese inklusiv ist und Pastoralist_innen Mitspracherecht erhalten (2012: 222-223). Indes setzt die äthiopische Regierung Entwicklung noch immer mit Sesshaftwerdung gleich, die zugleich eine bessere Kontrolle der ethnischen Minderheiten ermöglicht (Abbink et al. 2014: 10). Ferner trägt dieser Entwicklungsdiskurs – zumindest im Hochland – wesentlich zur Legitimierung von industriellen Agrarprojekten bei.

Besonders von den Entwicklungs- und Modernisierungsplänen betroffen ist die bisher (kommerziell) eher vernachlässigte *Southern Nations, Nationalities and Peoples Region* (SNNPR) im südlichen Äthiopien. So wurden im (semi-)ariden South Omo (südliche Zone der SNNPR) bereits über 356.000 Hektar Land für kommerzielle Agrarwirtschaft verpachtet, was 4% der gesamten zonalen Fläche entspricht (Oakland Institute 2011: 3). Das offiziell als »ungenutzt« bezeichnete Land wurde bislang von Pastoralist_innen als Weidefläche genutzt. Doch das bestehende juristische Ungleichgewicht zwischen dem Gewohnheitsrecht traditioneller Gemeinschaftslandnutzung und dem formalen (staatlichen) Besitzrecht wirkt sich vor dem Hintergrund der potenziellen ökonomischen Gewinne nachteilig für Pastoralist_innen aus. Hier wird bereits deutlich, wie verschiedene »Exklusionsmächte« zusammenwirken. Im Kontrast zu anderen Regionen in Äthiopien sind in South Omo mit Ausnahme eines indischen Investors nur nationale Unternehmen oder solche aus der Diaspora aktiv, die meist der Tigray-Elite zugehörig sind (Oakland Institute 2011: 3). Zugleich wird im Rahmen des GTP in South Omo das staatliche Um- bzw. Ansiedlungsprogramm für Pastoralist_innen umgesetzt, welche einerseits die pastorale Lebensweise »modernisieren« soll und andererseits erst die Voraussetzung für die Verpachtung der ehemaligen Weideflächen an Investoren schafft.

Beobachter_innen sind dabei besorgt, das Ausmaß der jüngsten Entwicklungen in South Omo werde bekannt »as a text-book example of how not to do river-basin development« (Turton 2012 zitiert aus Abbink et al. 2014: 13).

Vor diesem Hintergrund eignet sich South Omo als Fallbeispiel, um Exklusionsprozesse pastoraler Gruppen im Zusammenhang mit Landinvestitionen zu untersuchen. Im Folgenden werden die vier Machtdimensionen – Regulierung, Markt, Gewalt und Legitimation – schwerpunktmäßig vor dem Hintergrund des historisch-en Hochland-Tiefland-Dualismus diskutiert.

3.1 Die Macht der Regulierung: Exklusiver Landbesitz vs. Pastoralismus

In Äthiopien siedelt nur ein Sechstel der Bevölkerung in urbanen Zentren, während 82% in ruralen Regionen von Subsistenzwirtschaft leben (CIA Factbook 2013). Zu letzteren zählen sowohl Kleinbauer_innen als auch pastorale Gruppen, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung bei 10-12% liegt (Bekele Hundie 2008: 5). Die Mehrheit der äthiopischen Pastoralist_innen betreibt sowohl Wanderwirtschaft als auch Agropastoralismus und lebt vorwiegend in der ariden Tiefebene am Rand des Hochplateaus sowie in den Grenzregionen, wobei Pastoralist_innen mit 500.000km² knapp die Hälfte des äthiopischen Territoriums temporär nutzen (Ayalew Gebre/Getachew Kassa 2009: 66).⁷ In der Literatur wird die (semi-)nomadische Lebensweise häufig auf »die großflächige Nutzung offenen Weidelandes zur Viehwirtschaft« (Blench 2001: 6) reduziert. Jedoch spiegelt der Fokus auf Produktionsaspekte die vielseitige pastorale Lebensart nur unzureichend wider und wird auch dem komplexen Beziehungsgeflecht zur Natur sowie der engen spirituellen Verbindung zum Land (Peebles 2014: 61) kaum gerecht. Dieser Artikel verwendet Michelle Nori et al.'s Definition, welche die existenzielle Bedeutung von Mobilität und Weideflächen für Pastoralist_innen in den Vordergrund rückt: »Pastoralism is the finely-honed relationship between local ecology, domesticated livestock and people in rangelands,

7 Je nach Mobilitätsgrad lassen sich drei Gruppen von Pastoralisten unterscheiden. 1.) Zum *Nomadentum* zählen Viehhirten, die keinen festen Wohnsitz haben und ihren Lebensunterhalt ausschließlich vom Verkauf bzw. Tausch ihrer Tiere bestreiten, wobei sie jährlich, einem gewissen Schema entsprechenden, Migrationsrouten folgen. 2.) *Wanderweidewirtschaft* beschreibt turnusmäßige Viehmigration zwischen festgelegten Punkten entsprechend der saisonalen Weideflächen. Häufig praktizieren diese Pastoralist_innen das Prinzip der Herdenaufteilung und haben zudem einen permanenten Wohnsitz, wo einige Haushaltsteilnehmer leben. 3.) *Agropastoralist_innen* hingegen vereinen Charakteristika sowohl von Pastoralist_innen als auch sesshaft gewordenen Bauern und Bäuerinnen. In der Regel leben sie in fruchtbaren Regionen und betreiben Subsistenzgetreidebau, wobei Agropastoralist_innen weitaus weniger abhängig von Landwirtschaft sind als sesshafte Farmer_innen (Blench 2001: 11-13).

particularly in resource-scarce and ecologically-variable regions, often at the threshold of human survival» (Nori et al. 2005: 5).

In diesem Kontext sind Pastoralist_innen als Teil eines ökonomischen und sozialen Systems zu verstehen – durch diverse Existenzsicherungsstrategien sind sie hervorragend an extreme Ökosysteme angepasst. Um die Risiken fragiler Ökosysteme zu teilen, nutzen Pastoralist_innen Weideland und Wasserressourcen als Gemeingüter, wobei ihnen in der Regel de facto Rechte zustehen. Traditionelle Ressourcennutzungsabkommen zwischen verschiedenen Gruppen sind zudem variabel, wie z. B. die saisonale Aufteilung der territorialen Weideflächen, um die Übernutzung von Ressourcen zu verhindern (Bekele Hundie 2008: 5). Dennoch kommt es neben solchen inter-Clan bzw. interethnischen Kooperationen auch regelmäßig zu (gewaltsamen) Konflikten um Ressourcen und um die Abgrenzung der eigenen Identität. Da Pastoralist_innen vorwiegend in ariden bzw. semi-ariden Regionen siedeln (Switzer/Mason 2006: 2), wo aufgrund von Wasserknappheit und tendenziell unfruchtbaren Böden die klimatischen Bedingungen Landnutzung nur sehr beschränkt zulassen, ist ferner ein hohes Maß an Mobilität (auch über innerstaatliche und Nationalgrenzen hinaus) erforderlich (Schlee 2013). Die mobile Viehzucht »[turned out to be] the most effective strategy for extracting value out of otherwise marginal lands« (Galaty 2013: 152-153). Um Überweidung zu vermeiden und auf klimatische Änderungen reagieren zu können, benötigen Pastoralist_innen daher große Flächen Weideland. Die äthiopische Regierung hat dies seit kurzem in anderen von Pastoralist_innen bewohnten Regionen (z. B. Somali oder Afar) anerkannt und fördert dort zum Teil Infrastrukturen für den interregionalen pastoralen Handel (Schlee 2010). Abgesehen von Weideland unterscheiden Agropastoralist_innen in South Omo zudem zwischen Anbauflächen und heiligen und rituellen Orten, die nicht wirtschaftlich genutzt werden dürfen. Im Sinne des Mursi Sprichworts »If you have only two cooking stones, you will never cook anything«, sind alle drei Landnutzungsformen notwendig, um das Land nachhaltig nutzen zu können (Olisarali Olibui/LaTosky 2015: 4).

Ende des 19. Jahrhunderts begannen mit der imperialistischen Annexion weiter Teile in der heutigen Tiefebene Äthiopiens die Marginalisierung, Vertreibung und Einschränkung der Mobilität von Pastoralist_innen (und Kleinbauer_innen) im Süden des Landes (Markakis 2011: Kap. 5). Um die Unruhen in den neugewonnenen Territorien zu beenden, setzte der damalige König Menilek von Schoa (der spätere äthiopische Kaiser) auf Gewalt und Dezentralisierung, wobei Vertreter_innen der herrschenden Elite den neuen Regionen vorgestellt wurden. Zugleich wurden insbesondere pastorale Gruppen durch die systematische Landnahme von Hochlandbewohner_innen und durch neue Reglementierungen von Landzugang, -kontrolle

und -nutzung benachteiligt (Markakis 2011: 26-27). Denn neben der Konsolidierung seiner Macht verfolgte Menilek im Süden auch ökonomische Interessen, unter anderem an Steuern, landwirtschaftlichen Produkten, Gold und Elfenbein bis hin zu Sklav_innen. Das von der Politik eingeführte feudale Landbesitzsystem förderte dabei ein dominantes Abhängigkeitsverhältnis zwischen der privilegierten, besitzenden christlichen Elite aus dem Norden, unterstützt von kooptierten regionalen Führern, und den marginalisierten Bäuerinnen und Bauern sowie Pastoralist_innen der südlichen Gebiete: »In the process of conquest and centralization, peasants and nomads of the South were made serfs on their fathers' lands« (Pausewang 1983: 16).

Der politische Zeitgeist legitimierte jedoch nicht nur die Durchsetzung staatlicher Interessen mithilfe von Gewalt, sondern auch die Etablierung exklusiver Landbesitzregelungen. In der Proklamation von 1944 erhielt der äthiopische Staat, mit der Begründung der effizienteren Ressourcennutzung, das Recht, Landtitel zu verwalten. Paradoxe Weise zahlten Pastoralist_innen zwar Steuern für ihre Viehherden, nicht aber für den gemeinschaftlichen Landbesitz, sodass sie vom Landtitelerwerb ausgeschlossen blieben (Keller 1991: 114-115). Die überarbeitete Verfassung von 1955 (Artikel 130) sowie das Bürgerliche Gesetzbuch von 1960 (Artikel 1194) funktionierten diesen Ansatz, indem jegliches Land ohne »Master« dem Staat gehörte. Pastoralist_innen sprach man die Qualifikation ab, Weideland effizient zu nutzen, weshalb sie nicht als »Master« gelten konnten. Auch die Agrarreform von 1975, nachdem Kaiser Haile Selassie infolge eines Militärputsches gestürzt wurde, setzte die Marginalisierung von (Semi-)Nomad_innen fort. Der Landproklamation von 1975 zufolge blieben pastorale Weideflächen weiterhin Staatseigentum (PFE/IIRR/DF 2010: 30-32). Erst 1995, in der aktuellen Verfassung der Föderalen Demokratischen Republik Äthiopien, erhielten Pastoralist_innen folgende Grundrechte: »Ethiopian pastoralists have the right to free land for grazing and cultivation as well as the right not to be displaced from their own lands« (Artikel 40(5) Federal Democratic Republic of Ethiopia 1995). Beobachter_innen zeigen sich jedoch besorgt über die tatsächliche Umsetzung der konstitutionellen Rechte und die Anerkennung der pastoralen Landnutzung. Bisher wurden weder auf Bundes- noch auf Landesebene Gesetze verabschiedet, um die in der Verfassung festgeschriebenen Prinzipien in Kraft zu setzen. Vielmehr kann der Staat der Landnutzungsproklamation von 2005 zufolge nun sogar Gemeindeland in Privatbesitz übergehen lassen. Hier wird deutlich, wie flexibel Regierungen Gesetze und Regulierungen interpretieren, um Möglichkeiten elitärer Vorteilnahme und der Profitgenerierung optimal ausschöpfen zu können – meist zu Ungunsten der lokalen Bevölkerung, der im Umkehrschluss die Nutzung ihrer Wasser-, Weide- und Anbauflächen untersagt

wird. Zugleich stellt die jüngste Welle staatlicher Dezentralisierung und die damit einhergehende Neuziehung von regionalen Grenzen eine Herausforderung für gewohnheitsrechtliche Regulierungen dar. Durch das ethnisch-föderale System wird dabei die territoriale Kontrolle unmittelbar mit politischer und ökonomischer Macht verknüpft (Løber/Worm 2015: 6). Waren pastorale Konflikte vor 1991 noch vorwiegend von Auseinandersetzungen um knappe natürliche Ressourcen geprägt, handelt es sich seither meist um umkämpfte Einkommensquellen und Marktkontrolle (Løber/Worm 2015: 6; Shide 2005: 38). Mit dem dezentralisierten Transfer öffentlicher Mittel manifestiert sich zudem die neo-patrimoniale Beziehung zwischen Staatsrepräsentant_innen und pastoralen Gruppen (Hagmann/Alemmayu Mulugeta 2008: 29-30).

3.2 Zwischen Gewalt und Legitimitätsansprüchen: Das angespannte Verhältnis von Staat und Peripherie

Der bis heute bestehende Hochland-Tiefland-Dualismus war schon vor der Expansion des abessinischen Reiches abwechselnd von Phasen der Koexistenz und Konflikten geprägt. Neben Differenzen in Sprache, Religion und Kultur unterscheiden sich auch die Lebensrealitäten beider Gruppen weitestgehend. Während in der Tiefebene mehr Farmland, dafür aber geringere Niederschlagsmengen und Diversität von Nutzpflanzen vorhanden sind, charakterisieren verlässlichere Regenfälle, kleinere Grundstücke, limitiertes Weideland und zum Teil stark erodierte Böden das Hochland. Entlang dieser Diskrepanzen sind Vorurteile in beiden Regionen bis heute tief verwurzelt (Markakis 2011: 39). Darüber hinaus besteht ein starkes Machtgefälle zwischen den Bevölkerungen im Hoch- und Tiefland (Lavers 2012: 125). Seit Ende des Derg-Regimes 1991 besetzt die dominierende Tigray-Elite wichtige politische und militärische Ämter und gehört zu den wirtschaftlich einflussreichsten Bevölkerungsteilen. In Äthiopien wird dabei die enge Verbindung zwischen Regulierungsmacht und dem staatlichen Gewaltmonopol, welches auch genutzt wird um privatwirtschaftliche und politische Interessen durchsetzen, besonders deutlich. Demgegenüber stehen die Bevölkerung der »Hochland-Peripherie« (Chinigò/Fantini 2015: 9) sowie pastorale Gruppen und Subsistenzbauer_innen im Tiefland. Auch wenn die Einführung des föderalen Systems 1991 zu neuen Bündnissen zwischen Hoch- und Tiefland-Politiker_innen führte, wurde durch die Politisierung von Ethnizität zugleich eine »Politik der Differenzen« gefördert, wodurch sich ethnische Spannungen verschärften (Løber/Worm 2015: 5). Zugleich wurde der interpastorale Konkurrenzkampf um staatliche Ressourcen und histo-

rische Feindseligkeiten über Weideland und Wasserzugänge durch die Dezentralisierungspolitik wiederbelebt.⁸

Faktisch sind (Semi-)Nomad_innen seit der Expansionspolitik Menileks die am stärksten marginalisierte Gruppe in der äthiopischen Politik (Markakis 2011: 39; PFE/IIRR/DF 2010: 32). Besonders in der SNNPR wurden Pastoralist_innen von Beginn an als Bürger_innen zweiter Klasse behandelt und u. a. als »aimless wanderer who led a primitive way of life« bezeichnet, welche verschwenderisch mit natürlichen Ressourcen umgingen und die es in »tüchtige zivilisierte Farmer umzuformen« galt (Bekele Hundie 2008: 12). Die Haltung der Regierung gegenüber Pastoralist_innen ist bis heute unverändert geblieben. Auch wenn der damalige Premierminister Meles Zenawi 2011 verkündete, dass (Semi)-Nomad_innen von nun an »nicht mehr als Forschungsobjekte mit primitivem Lebensstil zur Schau gestellt« würden, zeigte er öffentlich sein Unverständnis für die pastorale Lebensweise: »Why do pastoral communities move from place to place? [...] Is it a picnic for them when they leave one spot and go away for a while?« (Meles Zenawi 2011). Indem sie diesen Diskurs befeuert, delegitimiert die Regierung den pastoralen Lebensstil und legitimiert zugleich, ganz im Sinne der Modernisierung, die »freiwillige« Sesshaftwerdung dieser Bevölkerungsgruppen. Gleichzeitig ist die Landvergabe an Investoren eng mit dem »terra nullius«-Diskurs verbunden. Demzufolge wird von Pastoralist_innen genutztes Land als leer und geradezu »waiting for capitalist redemption« (Makki 2014: 80) bezeichnet. Dieses Narrativ bietet eine ideale (moralische) Legitimationsbasis für großflächige Investitionen und die Modernisierung der »Peripherie«, was wiederum die Etablierung exklusiver Regulierungen erleichtert und die generelle gesellschaftliche Akzeptanz von Landinvestitionen sichergestellt. Dieses Argument ist dabei eng mit dem Diskurs, Armut durch Entwicklung aus »eigener Kraft« zu überkommen, verbunden (Meles Zenawi 2011; MoFED 2010). Andererseits zeigen wissenschaftliche Untersuchungen, dass sowohl ökologische als auch ökonomische Gründe gegen großflächige Agrarinvestitionen in (semi-)ariden Regionen sprechen (Behnke/Kerven 2013; Galaty 2013). Zum einen ist die pastorale Lebensweise langfristig wirtschaftlich im Vorteil gegenüber der industriellen Baumwoll- oder Zuckerrohrproduktion (Behnke/Kerven 2013: 10). Darüber hinaus können bei exklusiven *Landgrabbing*-Praktiken lokale Märkte aufgrund fehlender Waren nur noch eingeschränkt operieren und die Ernährungsunsicherheit steigt überproportional. Zudem bleiben, durch den limitierten Zugang pas-

8 Bei den staatlichen Ressourcen handelt es sich u. a. um Mittel für den Bildungs- und Gesundheitssektor, Ausbau der Infrastruktur, Nahrungsmittel- bzw. Entwicklungshilfe oder andere staatliche Fördergelder (siehe Soga 2009).

toraler Gruppen zu Wasserressourcen in der Trockenzeit, ganze Landstriche wirtschaftlich ungenutzt (Abbink et al. 2014: 19; Flood 1975: 7-8). Dieser Diskurs erfährt zwar auf internationaler Ebene bei Geber_innen, NGOs und in der Wissenschaft großen Zuspruch, wird von der äthiopischen Regierung, die im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit damit durchaus konfrontiert wird, jedoch ignoriert. Ferner wiegt das Argument, dass die industrielle Landwirtschaft dem Wohle der Nation zu Gute kommt, schwerer als wissenschaftliche Erkenntnisse oder Territorialansprüche pastoraler Gruppen. Hinzu kommt, dass die Regierung von der geografischen und historischen Kluft zwischen Hoch- und Tiefland profitiert und diese verschärft, indem Teile der betroffenen Regionen militärisch abgeriegelt werden. Durch die physische und soziokulturelle Distanz ist es für die Regierung in Addis Abeba wesentlich einfacher, Landinvestitionen auf einer relativ abstrakten Ebene zu legitimieren, da die sozialen und ökologischen Folgen für einen Großteil der Bevölkerung nicht sichtbar sind. Zudem verhindert das staatliche Medienmonopol eine transparente Berichterstattung über die Landinvestitionen und deren negativen Nebeneffekte.

Trotz teils gravierender struktureller Herausforderungen versuchen pastorale Gruppen seit Jahren, Einfluss auf politische Entscheidungen auf Landes- bzw. Bundesebene zu nehmen und den Diskurs mitzubestimmen. Politisch werden Pastoralist_innen generell durch das multiethnische *Pastoral Affairs Standing Committee* vertreten, welches 2002 im äthiopischen Parlament zur Repräsentation der pastoralen Interessen sowie zur Förderung nachhaltiger pastoraler Entwicklung etabliert wurde. Gemeinsam mit dem *Pastoralist Forum in Ethiopia* wächst zwar langsam der Einfluss auf die Politikgestaltung, doch bleibt es beim Versuch, die asymmetrische Machtbeziehung zwischen dem äthiopischen Staat und pastoralen Gruppen anzugeleichen. Bisher waren weder das Komitee noch das Forum in der Lage, wichtige Gesetze bzw. Regulierungen zu initiieren (Pavanello 2009: 6). Neben unzuverlässigen Institutionen, desinteressierten Politiker_innen und unzureichender politischer Bildung erschweren organisatorische Probleme – angesichts großer Entfernung sowie sprachlicher und kultureller Barrieren in Südäthiopien – bis heute die politische Teilhabe oder die Formulierung kollektiver Forderungen von (Semi-)Nomad_innen.⁹ Darüber hinaus hindert das Phänomen der »pastoralen Eli-

⁹ Hier ist anzumerken, dass die pastorale Lebensweise im Spannungsfeld von Modernisierung und veränderten klimatischen und politischen Bedingungen innerhalb der jeweiligen Gruppen durchaus kontrovers diskutiert wird.

te« eine erfolgreiche Interessenvertretung.¹⁰ Durch die allgemeine Wahrnehmung als verstreut lebende Minderheiten und durch bestehende Vorurteile bleibt das Interesse anderer Politiker_innen, pastorale Gebiete in den Wahlkampf miteinzubeziehen, zudem gering (Pavanello 2009: 6-7). Unter diesen Voraussetzungen ist es schwierig, dem Modernisierungsdiskurs der Regierung etwas entgegen zu setzen bzw. dessen Umsetzung mitgestalten zu können. Erschwert durch die generell eingeschränkte Meinungsfreiheit in Äthiopien und die Androhung staatlicher Gewalt bei Nicht-Einhaltung der politischen Spielregeln sind die Möglichkeiten pastoraler Mitbestimmung stark limitiert.

Die Entwicklungsbestrebungen der äthiopischen Regierung sowie (erneute) jüngere Anstrengungen, Pastoralist_innen permanent anzusiedeln, führen zu einem dauerhaft angespannten Verhältnis zwischen pastoralen Gruppen im Süden und dem äthiopischen Staat (Hagmann/Speranza 2010: 600). Top-Down-Ansätze und der Einsatz von Gewalt sind dabei charakteristisch für bisherige staatliche Interventionen und reflektieren das bestehende Machtgefälle. Der limitierte Zugang zu Land, die damit einhergehende beschränkte Mobilität von Pastoralist_innen und der Ausbau der Infrastruktur führten bereits Mitte des 20. Jahrhunderts zu Konflikten und einer zunehmenden mehr oder weniger freiwilligen Sesshaftwerdung in Südäthiopien. Gleichzeitig begannen einige Agropastoralist_innen, die neuen Handels- und Arbeitsmöglichkeiten in den urbanen Zentren zu nutzen (PFE/IRR/DF 2010: 135).¹¹ Dennoch haben vor allem formale Bildung sowie die Tourismusbranche einen signifikanten Beitrag zur Entfremdung von kulturellen Werten und deren Schwächung in South Omo geleistet (Abbink 2009: 122). Die jüngsten Entwicklungen im Agrarsektor resultieren dabei nicht nur in der Vertreibung bzw. »freiwilligen« Umsiedlung der lokalen Bevölkerung in Form von *Villagization*-Programmen, sondern führen auch zu einer zunehmenden Akkumulation von Macht und Landbesitz aufseiten der regierenden Elite sowie zu einer Neuinterpretation der Kompetenzen des staatlichen Gewaltmonopols. Um die Umsiedlung pastoraler Gruppen bis 2014 erfolgreich umzusetzen, wurden in South Omo bereits frühzeitig bewaffnete Soldat_innen stationiert (HRW 2012: 49) und der Zugang in die Region limitiert. Damit setzte die Regierung auf lokaler Ebene klar auf (die Androhung von) Gewalt. Neben der Anwendung direkter Gewalt durch Militär, Militärpolizei und Polizei gegen sich (widersetzende) Bevölkerungsteile, bedient sich die Regierung

10 »People of pastoralist origin who, for various reasons have been detached from the realities of pastoral life« (Pavanello 2009: 6). Staatliche Förderungsmaßnahmen für Pastoralist_innen, von denen besonders Somali und Afar profitieren, verstärken diese Problematik.

11 Es ist durchaus üblich, dass Pastoralist_innen (temporär) sesshaft werden bzw. ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit oder durch Landwirtschaft bestreiten oder komplementieren.

ebenfalls impliziter Mittel. So wurde bereits im Vorfeld der Umsiedlungen ein Klima der Angst und Unsicherheit geschürt, welches bis heute spürbar ist und die betroffenen Pastoralist_innen unter Druck setzt. Da die Bevölkerungsgruppen South Omos sich bislang aufgrund der peripheren Lage, kultureller Gegensätze und der anhaltenden Marginalisierung kaum mit dem äthiopischen Staat identifiziert haben (Markakis 2011: 26-27), setzt die Regierung mit der massiven Präsenz der staatlichen Exekutive auch ein mächtssymbolisches Zeichen.

3.3 Die Macht des Marktes: Ausmaß und Praktiken großflächiger Landinvestitionen in Äthiopien

Aufgrund geografischer und klimatischer Bedingungen werden Agrarinvestitionen in Äthiopien vorwiegend in den Bundesländern Afar, Amhara, Oromiyaa, Gambella und SNNPR getätigt.¹² Besonders letztere steht seit 2011 im Fokus von großflächigen Landinvestitionen. Schätzungen der Land Matrix zufolge wurden in Äthiopien seit 2008 etwa 115 Landpachtverträge über sechs Mio. Hektar abgeschlossen, was über 10% der äthiopischen Agrarfläche entspricht (Land Matrix 2014). Die Bewirtschaftung ist sowohl für die Nahrungsmittel- als auch Biokraftstoffproduktion vorgesehen, wobei besonders letztere seit 2007 im Rahmen der *Biofuels Development and Utilization Strategy* explizit gefördert (und zugleich legitimiert) wird.¹³ Im Kontext ausländischer Akquisen sind neben der Diaspora vor allem private Unternehmen aus Indien, den Golfstaaten und zunehmend auch aus Europa aktiv. Darüber hinaus kommt Indien als Kreditgeber eine signifikante Bedeutung durch die Finanzierung der äthiopischen Zuckerindustrie zu. Dschibuti und Ägypten sind derzeit als einzige Staaten direkt in kleinere Agrarinvestitionen involviert (HRW 2012: 36). Zwar liegt die internationale Aufmerksamkeit (und Kritik) meist auf ausländischen Investoren, jedoch sind staatliche Unternehmen mindestens ebenso bedeutsam im äthiopischen Kontext.¹⁴ Die Regierung wirbt um Investoren mit »klassischen« Mit-

12 Detaillierte Informationen siehe Keeley et al. (2014).

13 In diesem Kontext wird Jatropha für die Biodiesel- und Zuckerrohr für die Ethanol-Produktion gefördert (Atakilte Beyene 2011: 92).

14 Im Vergleich zu *Joint Ventures* und internationalen Investoren bringen äthiopische Firmen weniger landwirtschaftliches Know-how und Erfahrung mit, pachten kleinere Landflächen, nutzen einfachere Technologien und weisen eine höhere Beschäftigungsrate pro Hektar auf. Zugleich tendieren äthiopische Unternehmen dazu, die Landflächen für den lukrativen (aber illegalen) Handel mit Holzkohle zu roden bzw. spekulieren darauf, das Land bei Anstieg der Grundstückspreise gewinnbringend an andere Investoren zu transferieren. Während kleinere inländische Investoren aufgrund geringerer Transportkosten und der Komplexität internationaler Logistik vorwiegend für den äthiopischen Markt produzieren, verkaufen internationale Investoren, wie *Saudi Star*, nur Aus- bzw. Überschüsse auf den lokalen Märkten (Mousseau/Sosnoff 2011: 23-25).

teln, wie geringen (Lohn-)Kosten, großen fruchtbaren, »ungenutzten« Landflächen, mit günstigen Krediten der *Federal Land Bank of Ethiopia*, einem investorenfreundlichen Rechtsumfeld, Zollbefreiungen, Steuererleichterungen und niedrigen Pachtgebühren (Imeru Tamrat 2010: 15-16). Von diesen Anreizen profitieren auch äthiopische Investoren, wobei der Regierungspartei nachsagt wird, damit neben wirtschaftlichen ebenfalls politische Ziele zu verfolgen. Besonders die großzügige Landverteilung an regierungsnahe Tigrayer soll der Regierungspartei EPRDF (politische) Unterstützung in entlegenen Regionen sichern und gleichzeitig den lokalen Einfluss indigener Gruppen reduzieren (Oakland Institute 2011: 23). Deren bevorzugte Behandlung bei der Vergabe von Land vor allem im südlichen Äthiopien (Oakland Institute 2011: 3-4) wiederum perpetuiert die inneräthiopische Diskrepanz zwischen Hoch- und Tiefland und verdeutlicht die enge Verbindung zwischen Regulations- und Marktmacht.

Die Landvergabe wird dabei nicht nur durch die Herkunft von (inländischen) Investoren legitimiert, sondern auch durch deren Status als »developmental investors« (Gobena 2010: 8). Seit 2013 werden Lizenzen direkt zwischen Investoren und der neu gegründeten *Agricultural Investment Agency* auf Basis der Landnutzungsproklamationen der Bundesländer verhandelt. Nur kleinere Konzessionen bis zu 5000 Hektar können weiterhin von den Länderregierungen vergeben werden (Mesfin 2012). Für eine Investitionslizenz müssen Investoren lediglich ihre Kapitalkraft nachweisen, welche selten von den zuständigen Behörden überprüft wird (Imeru Tamrat 2010: 17-18). Zwar erwartet die äthiopische Regierung Vorteilsausgleiche von den Investoren gegenüber betroffenen Gemeinden, bspw. in Form von Infrastrukturausbau oder der Schaffung von Arbeitsplätzen. Doch sind diese weder konkret vertraglich geregelt noch rechtlich bindend. Darüber hinaus bleibt die Umsetzung der Regulierungsinstrumente hinsichtlich Produktionsbeginn und -umfang, Pestizideinsatz oder Wassernutzung aufgrund unzureichender Kontrollinstrumente und Berichtspflichten häufig den Investoren überlassen (Oakland Institute 2011: 30-32). Von der laissez faire-Haltung der Regierung profitieren insbesondere die Investoren: »Our agreement with government is purely commercial. Government is charging us rent [...] what we choose to do on the land for our own commercial intent is our own business. There are no governance, no constraints, none of that« (anonymer Investor zitiert aus Oakland Institute 2011: 30). Mangelnde Transparenz und bestehende »fuzzy zones« (Hall et al. 2011: 16) fördern zugleich die ohnehin prävalente Korruption im Landsektor; denn die Landvergabe in Äthiopien dient seit jeher zur Machtsicherung und Profitsteigerung der Elite (Plummer 2012: 124, 299, 300). Zunehmend jedoch kritisiert die äthiopische Regierung Fehlentwicklungen bei der Vergabe großflächiger Lizenzen an Investoren aus den Golf-

staaten und Indien, die ihre Verträge nicht erfüllen bzw. diese zweckentfremden. Verlieren ausländische Unternehmen offensichtlich ihren legitimen Status als »development investors«, wie in Gambella und Benishangul-Gumuz, ist die Regierung durchaus bereit Lizenzen zu entziehen bzw. die Auflagen zu verschärfen (Berhanu 2015).

In South Omo erhielt das staatliche *Omo-Kuraz Sugar Development Project* allein 245.000 Hektar vor dem Hintergrund des im *Growth and Transformation Plan* verankerten Ziels, die äthiopische Zuckerproduktion von 300.000 auf 2,3 Mio. Tonnen bis 2015 zu erhöhen, wovon die Hälfte für den Export bestimmt ist (MoFED 2010). Die *Sugar Corporation* untersteht direkt dem Premierminister und ist damit politisch unantastbar (Bosshard 2012). Darüber hinaus wurden weitere Konzessionen mit einer Gesamtfläche von 111.000 Hektar an ein Dutzend Investoren für die Baumwollproduktion vergeben (Land Matrix 2015). Auflagen für Investitionen in South Omo sind u. a. die Durchführung von Umweltgutachten sowie die landwirtschaftliche Nutzung von mindestens 25% der Pachtfläche im ersten Jahr und von 100% innerhalb von vier Jahren (Mousseau/Sosnoff 2011: 2).¹⁵ Die Agrarinvestitionen im (semi-)ariden South Omo konnten jedoch nur durch die Konstruktion des Gibe III Staudamms am oberen Omo Fluss realisiert werden. Finanziert von Italien, soll der im Mai 2015 fertig gestellte zweitgrößte Staudamm Afrikas Äthiopiens Energieerzeugung verdoppeln. Mit dem erklärten Ziel der regionalen Vernetzung wird etwa die Hälfte des erzeugten Stroms in die Nachbarländer Kenia, Südsudan und Dschibuti exportiert (Markakis 2011: 339; Mousseau/Sosnoff 2011: 2). Gleichzeitig soll das gestaute Wasser über zwei Hauptkanäle die Bewässerung für bis zu 445.000 Hektar Plantagen gewährleisten, mit dem Ziel, das untere Omo Valley in ein »agroindustrielles Kraftwerk« (Mittal 2013: 5) zu transformieren.

4. Exklusion und *Landgrabbing* in South Omo: Gefahr für den Frieden?

Die Analyse der Machtdimensionen Regulierung, Gewalt, Markt und Legitimation zeigt, wie die historisch gewachsene Exklusion pastoraler Gruppe in Südäthiopien durch aktuelle *Landgrabbing*-Praktiken perpetuiert wird. Dabei wird deutlich, wie Landinvestitionen in Äthiopien der regierenden Elite zur Macht Sicherung und Profitsteigerung dienen, sodass man in South Omo von sozialer Schließung im Sinne

15 Dem äthiopischen Gesetz zufolge müssen alle Projekte und Investitionen durch die föderale bzw. die entsprechende *Environmental Protection Authority* der Bundesländer auf Basis von Umweltgutachten genehmigt werden. Aufgrund mangelnder Koordination zwischen Investitions- und Umweltbehörde und der begrenzten Kapazität der Umweltgremien werden Umwelt- und Sozialgutachten jedoch nur selten durchgeführt (Bosshard 2012; Imeru Tamrat 2010: 18).

Webers sprechen kann. Welche Formen soziale Exklusion dabei in South Omo annimmt und welche Konfliktrisiken daraus resultieren, werden im Folgenden aufgezeigt.

4.1 Dimensionen sozialer Exklusion in South Omo

Vor dem Hintergrund der historischen Marginalisierung der Peripherie und bis heute bestehender Machtungleichgewichte wird deutlich, dass die Problematik in South Omo weit über die Frage der Verteilungsgerechtigkeit hinausgeht. Im Zusammenhang mit großflächigen Landakquisisen werden nicht nur Menschenrechte verletzt, sondern auch bürgerliche, soziale und politische Rechte von Pastoralist_innen und Kleinbäuer_innen beschränkt (Tewolde Waldemariam/Fana Gebresenbet 2014: 132-137; HRW 2012: 51-53). Dabei sehen sich von *Landgrabbing* betroffene lokale Bevölkerungen in Äthiopien zunehmend mit politischer Exklusion konfrontiert. Die Voraussetzungen für eine inklusive Demokratie, partizipative Entscheidungsprozesse und die Adressierung der Bedürfnisse aller Bevölkerungsteile, sind in Äthiopien – auch aufgrund der Ausrichtung als *developmental state* – nicht gegeben. Trotz des etablierten Föderalismus und pastoralen Parlamentsabgeordneten sind besonders (Semi-)Nomaden in South Omo von politischer Exklusion betroffen. Neben der Problematik der pastoralen Elite ist das latente Konfliktpotenzial in den peripheren Regionen als Ursache für die anhaltende politische Exklusion zu sehen. Kontraproduktiv wirken zudem die Korruptionsproblematik und die »demokratische Regression« Äthiopiens (Bertelsmann Stiftung 2014), was bspw. potenzielle Bestrebungen unterminiert, sozial und ökologisch verträgliche Kriterien in Pachtverträge zu integrieren und umzusetzen. Ferner profitieren einflussreiche Akteure von den zum Teil anti-föderalen Praktiken des *developmental states*, was zu einer Verstetigung der neopatrimonialen Beziehung zwischen Staatsmacht und pastoralen Gruppen führt. Aus institutioneller Perspektive stehen nicht nur die rechtliche Klärung von Eigentumsfragen im Vordergrund, die institutionelle Rahmenbedingungen lancieren, sondern auch die Machtkonsolidierung von Regierungen und Unternehmen: »Property and access are not, or not only, matters of land title and contract, but fundamentally matters of power and authority« (White et al. 2012: 633). Die *institutionelle Exklusion* pastoraler Gruppen in Äthiopien wird durch die derzeitige Gesetzeslage bedingt, welche die großflächige Landvergabe besonders in pastoralen Gebieten fördert.

Vertreibung, der Verlust ihrer Viehherden und sozialen Sicherungsnetze sowie das Ende der turnusmäßigen Migration stellen zudem eine signifikante Bedrohung für die *kulturelle Identität* der Agropastoralist_innen in South Omo und damit für

die pastorale Lebensweise in der gesamten Region dar (Peebles 2014: 61). Pastorale Gruppen können sich zwar relativ schnell an neue Bedingungen anpassen. Als beispielsweise die Weideflächen der Afar im Nordosten Äthiopiens in den 1970er für großflächige Landinvestitionen freigegeben wurden, haben einige Afar kurzerhand selbst in bewässerte Landwirtschaft investiert. Dadurch konnte ein Teil der Afar weiterhin seinen pastoralen Lebensstil beibehalten, während andere sesshaft wurden (Ayalew Gebre/Getachew Kassa 2009: 75). Doch trotz flexibler Anpassungsstrategien ist die bestehende Machtdiskrepanz in South Omo ungleich größer. So stehen den pastoralen Gruppen dort weniger politische und ökonomische Ressourcen zur Verfügung als den Afar. Die kulturelle Exklusion wird darüber hinaus durch die Arbeitsmigration aus dem Hochland verstärkt. Insbesondere Amhara, Oromo und Tigrayer arbeiten auf den Feldern und in den Minen Süd- und Westäthiopiens – offiziell, um den Fachkräftemangel auszugleichen. Während Investoren und Arbeitsmigrant_innen meist jedoch individuelle Interessen verfolgen, besteht eine gewisse Ignoranz gegenüber dem lokalen Wissen, der Kultur und den Besonderheiten der Ökosysteme (Abbink et al. 2014: 7). Ferner wird durch die Umsiedlung eine *räumliche Exklusion* von traditionellen Weide- und Anbauflächen sowie Migrationsrouten forciert, was bereits seit den 1960ern in kleinerem Ausmaß im Rahmen von Konservierungs- und Entwicklungsprojekten zu beobachten war.

Mit der permanenten Ansiedlung der Agropastoralist_innen intendiert die Regierung einen verbesserten Zugang zu (sozialer) Infrastruktur, wodurch theoretisch ein sozioökonomischer Inklusionsprozess angestoßen werden könnte. Doch die Bereitstellung von sozialen Diensten und neuen Arbeitsplätzen bleibt weit hinter den staatlichen Ankündigungen zurück (Mittal 2013: 8). Die kontinuierliche *sozioökonomische Exklusion* und die unzureichende Information der lokalen Bevölkerung verhindert zudem, dass Unternehmen sich verpflichten in soziale Dienste, Infrastrukturausbau und Technologietransfer zu investieren, ausreichend Arbeitsplätze (für die lokale Bevölkerung) zu schaffen, den Verlust von Land angemessen zu kompensieren und den Zugang zu rituellen Orten weiterhin zu gewährleisten. Gleichzeitig verhindert die mangelnde Kommunikation ökologisch sowie sozio-ökonomisch sinnvolle und zugleich gewinnbringende Vereinbarungen, wie die Freigabe der Plantagen für Zwischenfruchtanbau oder Beweidung (Temper 2012: 14; Abbink et al. 2014: 17-18; Olisarali Olibui/LaTosky 2015: 5). Durch die kontinuierliche Exklusion von Entscheidungsprozessen werden geplante oder bereits umgesetzte Infrastrukturprogramme außerdem nicht auf pastorale Bedürfnisse ausgerichtet. Infolgedessen entsteht eine hohe Abhängigkeit pastoraler Gruppen von staatlicher und internationaler Unterstützung, insbesondere in Hinblick auf die Nahrungsmittelversorgung (HRW 2012: 57-58). Der Versuch, den Verlust pastoraler

Selbstbestimmtheit und Subsistenzwirtschaft zu überwinden, wird durch fehlende Kompensationszahlungen, Militärpräsenz und mangelnde Einkommensalternativen konterkariert. Zugleich beeinträchtigen Vertreibung und massive Umweltschäden traditionelle Existenzsicherungsstrategien, wodurch das Risiko von Nahrungsmitteleinknappheit und Armut steigt. Diese Situation bietet der äthiopischen Regierung ein effektives Druckmittel, verschärft die Machtdiskrepanz zwischen Addis Abeba und South Omo und führt zu Konflikten auf verschiedenen Ebenen.

4.2 Implikationen für das regionale Konfliktpotenzial

Infolge der exklusiven *Landgrabbing*-Praktiken in South Omo sowie dem anhaltenden Klima der Unsicherheit und Gewalt nehmen sowohl sozioökonomische Disparitäten, Genderungleichheiten als auch die (interethnische) Konkurrenz um knappe Ressourcen bzw. die Lebensgrundlagen zu. Mittelfristig können sich aufgrund zunehmender struktureller Gewalt Asymmetrien innerhalb der Gesellschaft weiter verstärken, was zur Destabilisierung der ganzen Region führen kann (Davison 2015). In Kombination mit mangelnden institutionellen Kapazitäten und soziopolitischer Exklusion können andauernde Ressourcenknappheit, degradierte Böden und Wassermangel in Kombination mit einer hohen Waffenprävalenz wiederum bewaffnete Konflikte hervorrufen (vgl. Østby et al. 2011; Gzelis/Wooden 2010; Giordano et al. 2005). In South Omo lassen sich aktuell vier Konfliktfelder unterscheiden. Ähnlich wie im westäthiopischen Bundesland Gambella, kommt es, erstens, zunehmend zu (gewaltsamen) Auseinandersetzungen zwischen pastoralen Gruppen und Arbeitsmigrant_innen aus dem äthiopischen Hochland (Abbink et al. 2014: 15-16). Zweitens bleiben Proteste und Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit sowie Kompensationen aufgrund der bestehenden Machtverhältnisse bisher ungehört bzw. können erst gar nicht offen geäußert werden. Um den pastoralen Forderungen Ausdruck zu verleihen, nehmen mit steigender Repression und sozialer Exklusion folglich die (gewaltsamen) Zusammenstöße zwischen Pastoralist_innen und der staatlichen Ordnungsmacht in South Omo und in der SNNPR zu (Peebles 2014: 75; Mittal 2013: 6-7; HRW 2012: 45-47). Auch wenn momentan kein pastoraler Aufstand gegen die Regierung im größeren Stil zu erwarten ist, können heutige Missstände und Ungerechtigkeiten den Grundstein für künftige Mobilisierungen legen.¹⁶ Drittens werden seit jeher indirekt vom Staat geförderte interethnische Konflikte (Markakis 2011: 41; Soga 2009: 360; Shide 2005: 38) durch die mit den Landinvestitionen verbundene Vertreibung bzw. permanente Ansiedlung weiter

¹⁶ Jüngst sind erstmals bundesweite interethnische Mobilisierungen im Kontext der Auseinandersetzungen zwischen den Oromo und der Regierung zu beobachten.

geschürt. Gleichermassen werden pastorale Familien, die nach Kenia und in den Südsudan geflohen sind, aufgrund des steigenden Populations- und Ressourcendrucks in den ebenfalls (semi-)ariden Regionen mit zunehmenden interethnischen Konflikten konfrontiert (Abbink et al. 2014: 5). Besonders im Südsudan, wo es immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt und es kaum Infrastruktur gibt, führt das zu extrem schwierigen Lebensumständen für die geflohenen Familien. Viertens ist ein Anstieg häuslicher Gewalt zu beobachten, da familiäre Bindungen und der gesellschaftliche Zusammenhalt durch Exklusionsprozesse und dem dadurch erhöhten Armutsrisko unterminiert werden (de Jode 2010: 76).

5. Landgrabbing und das Dilemma sozialer Exklusion

Die Analyse zeigt, wie umfassend und tiefgreifend Exklusionsdynamiken im Kontext von *Landgrabbing* sind und welche Konflikte sich daraus ergeben. Im ersten Teil werden die Machtdimensionen Regulierung, Gewalt, Legitimation und Markt analysiert, die Exklusionsprozessen bei der Landvergabe an Investoren zugrunde liegen. Der zweite Teil des Artikels nimmt das Ausmaß exklusiver *Landgrabbing*-Praktiken in den Blick und zeigt, wie umfassend die Konsequenzen und Interdependenzen von institutioneller, kultureller, räumlicher, sozioökonomischer und politischer Exklusion sind. Die Fallanalyse veranschaulicht, wie insbesondere großflächige Landinvestitionen in Staaten mit historischen (ethnischen) Asymmetrien Regierungen einen Vorwand bieten können, bestimmte Bevölkerungsteile weiter zu marginalisieren sowie eigene machtpolitische Interessen zu verfolgen. Entsprechend des Prinzips der sozialen Schließung dienen die Landinvestitionen neben ökonomischen Gewinnen auch als Legitimationsbasis für die Integration der Peripherie in staatliche (Überwachungs-)Strukturen. In Anbetracht dessen zeigt sich, wie *Landgrabbing* in South Omo zu einer signifikanten Erhöhung des Konfliktrisikos auf familiärer, lokaler aber auch transnationaler Ebene beiträgt. Außerdem werden die Grenzen dieser Entwicklung sichtbar, die Hall et al. als Exklusionsdilemma bezeichnen, da Exklusion und Vertreibung immer auch mit gewissen Kosten und Risiken verbunden sind. Regierungen, und das gilt auch für die äthiopische, können ihre Bevölkerungen demzufolge nicht unbegrenzt vertreiben oder ignorieren. Die Betroffenen verschwinden schließlich nicht einfach, sondern versuchen zu protestieren und mehr oder weniger sichtbar Widerstand zu leisten. Je mehr Menschen von Exklusion betroffen sind und sich zusammenschließen, desto schwieriger wird es selbst für das autoritärste Regime, darauf zu reagieren ohne die eigene Legitimität infrage zu stellen.

Gleichzeitig wird anhand des Fallbeispiels das Potenzial inklusiver (Entwicklungs-)Politik deutlich (Abbink et al. 2014: 17; Strecker 2014: 38). Indem politische Entscheidungsträger_innen Interessen und Implikationen für betroffene Bevölkerungsgruppen berücksichtigen, könnten ökonomische und ökologische Kriterien nachhaltiger(er) Entwicklung erfüllt und eine Win-win-win-Situation auch aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive geschaffen werden. Voraussetzungen dafür wären jedoch die Anerkennung der pastoralen Lebensweise, der Verzicht der Regierung auf den angestrebten Kontrollgewinn sowie die Bevorteilung von Bevölkerungsgruppen, die der regierenden Elite nahestehen. Momentan liegt der Fokus der Regierung jedoch weiterhin auf Modernisierung und Zentralisierung, was die Inklusion von pastoralen Minderheiten und gewohnheitsrechtliche Landmanagementpraktiken konterkariert. Auch wenn es bislang an effektiven internationalen Regulierungsmechanismen im Umgang mit *Landgrabbing* fehlt, könnten Geberländer und -institutionen, wie etwa die EU, mithilfe ihrer Marktmacht Druck auf die äthiopische Regierung ausüben und damit eine partizipative und transparente Landinvestitionspolitik lancieren. Lokale Traditionen quasi-demokratischer Partizipation und Konfliktlösung könnten dann eine zentrale Funktion bei der Neuausrichtung der äthiopischen Landnutzungspolitik übernehmen.

Literatur

- Abbink, Jon/Askew, Kelly/Dereje, Feyissa D./Fratkin, Elliot/Gabbert, Christina E./Galaty, John/LaTosky, Shauna/Lyddall, Jean/Mahmoud, Hussein A./Markakis, John/Schlee, Günther/Strecker, Ivo/Turton, David* 2014: Lands of the Future: Transforming Pastoral Lands and Livelihoods in Eastern Africa (Max Planck Institute for Social Anthropology Working Paper No. 154), 1-28, Halle a. d. Saale.
- Abbink, Jon* 2009: Tourism and its Discontents: Suri-Tourist Encounters in Southern Ethiopia, in: Bohn Gmelch, Sharon (Hrsg.): Tourists and Tourism: A Reader (2. Auflage), Long Grove, IL, 115-136.
- Anseeuw, Ward/Boche Mathieu/Breu, Thomas/Giger, Markus/Lay, Jann/Messerli, Peter/Nolte, Kerstin* 2012: Transnational Land Deals for Agriculture in the Global South. Analytical Report Based on the Land Matrix Database, Bern.
- Anthias, Floya* 2001: The Concept of Social Division and Theorising Social Stratification: Looking at Ethnicity and Class, in: Sociology 35: 4, 835-854.
- Atakilte Beyene* 2011: Smallholder-Led Transformation Towards Biofuel Production in Ethiopia, in: Matondi, Prosper B./Havnevik, Kjell/Atakilte, Beyene (Hrsg.): Biofuels, Land Grabbing and Food Security in Africa, London, 90-105.

- Ayalew Gebre/Getachew Kassa* 2009: The Effects of Development Project on the Karrayu & Afar in the Mid-Awash Valley, in: Pankhurst, Alula/Francois, Piguet (Hrsg.): Moving People in Ethiopia. Development, Displacement & the State (Eastern Africa Series), Suffolk, 66-80.
- Behnke, Roy/Kerven, Carol* 2013: Counting the Costs: Replacing Pastoralism with Irrigated Agriculture in the Awash Valley, in: Catley, Andy/Lind, Jeremy/Scoones, Ian (Hrsg.): Pastoralism and Development in Africa: Dynamic Change at the Margins, Abingdon, 57-70.
- Bekele Hundie* 2008: Pastoralism, Institutions and Social Interaction. Explaining the Coexistence of Conflict and Cooperation in Pastoral Afar, Ethiopia (Dissertation), Berlin.
- Berhanu, Fekade* 2015: Karuturi under the Spotlight (The Reporter, 17.1.2015), in: <http://www.thereporterethiopia.com/index.php/news-headlines/item/3045-karuturi-under-the-spotlight>; 25.7.2015.
- Bertelsmann Stiftung* 2014: BTI – Ethiopia Country Report, in: <http://www.bti-project.de/reports/laenderberichte/esa/eth/index.nc>; 13.2.2014.
- Blench, Roger* 2001: You Can't Go Home Again: Pastoralism in the New Millennium, London.
- Bosshard, Peter* 2012: Ethiopia's Omo Valley: A Global Heritage under Threat (International Rivers, 3.6.2012), in: <http://www.internationalrivers.org/blogs/227/ethiopia%E2%80%99s-omo-valley-a-global-heritage-under-threat-0>; 3.2.2014.
- Chinigò, Davide/Fantini, Emanuele* 2015: Thermidor in Ethiopia? Agrarian Transformations between Economic Liberalization and the Developmental State (EchoGéo, 31.1.2015), in: <http://echogeo.revues.org/14141>; 3.7.2015.
- CIA Factbook* 2013: Ethiopia, in: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/et.html>; 29.3.2014.
- Davison, William* 2015: Donors Warn Ethiopia of Omo Conflict Risk from Rapid Sugar Plans (Ethiopian News and Opinions, 11.3.2015), in: <http://ecadforum.com/News/donors-warn-ethiopia-of-omo-conflict/>; 26.8.2016.
- Democratic Dialogue* 1995: Special Reports: Report 2 – Social Exclusion, Social Inclusion, in: <http://cain.ulst.ac.uk/dd/report2/report2n.htm>; 31.3.2014.
- Dupuy, Kendra E./Ron, James/Prakash, Aseem* 2014: Who Survived? Ethiopia's Regulatory Crackdown on Foreign-Funded NGOs, in: Review of International Political Economy (Online-Vorabpublikation am 10.4.2014; doi: 10.1080/09692290.2014.903854).

- Federal Democratic Republic of Ethiopia* 1995: Constitution of the Federal Republic of Ethiopia. Adopted on 8 December 1994 and Promulgated by the Constitution of the Federal Democratic Republic of Ethiopia (in Kraft getreten am 21.8.1995).
- Federal Democratic Republic of Ethiopia* 2005: Federal Democratic Republic of Ethiopia Rural Land Administration and Land Use Proclamation No. 456/2005.
- Flood, Glynn* 1975: Nomadism and its Future: the Afar, in: RAI News 6, 5-9.
- Gabbert, Christina* 2012: Deciding Peace. Knowledge about War and Peace among the Arbore of Southern Ethiopia (Disseration), Halle a. d. Saale.
- Galaty, John G.* 2013: Land Grabbing in the Eastern African Rangelands, in: Catley, Andy/Lind, Jeremy/Scoones, Ian (Hrsg.): Pastoralism and Development in Africa: Dynamic Change at the Margins, Abingdon, 143-153.
- Giordano, Mark/Giordano, Meredith A./Wolf, Aaron T.* 2005: International Resource Conflict and Mitigation, in: Journal of Peace Research 42: 1, 47-65.
- Gizelis, Theodora-Ismene/Wooden, Amanda E.* 2010: Water Resources, Institutions, and Intrastate Conflict, in: Political Geography 29: 8, 444-453.
- Hagmann, Tobias/Speranza, Ifejika* 2010: New Avenues for Pastoral Development in Sub-Saharan Africa, in: European Journal of Development Research 22, 593-604.
- Hagmann, Tobias/Alemayu Mulugeta* 2008: Pastoral Conflicts and State-Building in the Ethiopian Lowlands, in: Afrika Spectrum 43: 1, 163-173.
- Hall, Derek/Hirsch, Philip/Li, Tanja* 2011: Powers of Exclusion: Land Dilemmas in Southeast Asia, Honolulu, HI.
- Horowitz, Donald* 2000: Ethnic Groups in Conflict, 2. Auflage, Berkeley, CA.
- HRW – Human Rights Watch* 2012: »What Will Happen if Hunger Comes?« Abuses against the Indigenous Peoples of Ethiopia's Lower Omo Valley, New York, NY.
- Imeru Tamrat* 2010: Governance of Large-Scale Agricultural Investments in Africa. The case of Ethiopia (Konferenzpapier vorgestellt bei der »World Bank Conference on Land Policy and Administration«, 26.-27.4.2010), Washington, DC.
- Jehoel-Gijsbers, Gerda/Vrooman, Cok* 2007: Explaining Social Exclusion. A Theoretical Model Tested in the Netherlands, Den Haag.
- Jode, Helen de* 2010: Modern and Mobile. The Future of Livestock Production in Africa's Drylands, o. O.
- Juliano, Dolores* 2001: Género y Exclusión, in: Valencia, Alberto (Hrsg.): Exclusión Social y Construcción de lo Público en Colombia, Bogotá, 27-50.
- Keeley, James/Seide Wondwosen, Michago/Abdurehman, Eid/Admasu Lokaley, Kidewa* 2014: Large-Scale Land Deals in Ethiopia: Scale, Trends, Features and Outcomes to Date, London.

- Keller, Edmond J.* 1991: Revolutionary Ethiopia. From Empire to People's Republic (Midland Book Edition), Indiana, IN.
- Land Matrix* 2014: Newsletter 1/2014, in: <http://www.landcoalition.org/sites/default/files/publ-ication/1658/LandMatrixNewsletterJanuary2014.pdf>; 28.1.2014.
- Land Matrix* 2015: Get the Detail, in: <http://landmatrix.org/en/get-the-detail/>; 30.3.2015.
- Lavers, Tom* 2012: »Land Grab« as Development Strategy? The Political Economy of Agricultural Investment in Ethiopia, in: *The Journal of Peasant Studies* 39: 1, 105-132.
- Lay, Jann/Nolte, Kerstin* 2011: Neuer »Landraub« in Afrika?, in: *GIGA Focus* 1/2011, Hamburg.
- Leftwich, Adrian* 2000: States of Development. On the Primacy of Politics in Development, Cambridge.
- Levitas, Ruth/Pantazis, Christina/Fahmy, Elden/Gordon, David/Lloyd, Eva/Patsios, Demi* 2007: The Multi-Dimensional Analysis of Social Exclusion, Bristol.
- Løber, Trine/Worm, Peter* 2015: Pastoral Conflicts and Ethnic Federalism in Ethiopia's Lowlands. Investigating Complex Power Relations and Emerging Ethnic Identities, Roskilde.
- Loriaux, Michael* 1999: The French Developmental State as a Myth and Ambition, in: Woo-Cumings, Meredith (Hrsg.): *The Developmental State*, Ithaca, NY.
- Mackert, Jürgen* 2004: Die Theorie sozialer Schließung. Das analytische Potenzial einer Theorie mittlerer Reichweite, in: ders. (Hrsg.): *Die Theorie sozialer Schließung. Tradition, Analysen, Perspektiven*, Wiesbaden, 9-24.
- Makki, Fouad* 2014: Development by Dispossession: *Terra Nullius* and the Social-Ecology of New Enclosures in Ethiopia, in: *Rural Sociology* 79: 1, 79-103.
- Markakis, John* 2011: Ethiopia: The Last Two Frontiers (Eastern African Series), Suffolk.
- Mesfin Mahlet*, 2012: New Agency Likely to Administer Land for Agricultural Investment, in: *Addis Fortune* 13: 661.
- Meles Zenawi* 2011: Rede während des 13. Pastoralist's Day, 25.1.2011, Jinka, South Omo.
- Merlet, Michel/Jamart, Clara* 2009: Commercial Pressures on Land Worldwide. Issues and Conceptual Framework for ILC study, o. O.
- Mittal, Anuradha* (Hrsg.) 2013: Omo: Local Tribes under Threat. A Field Report from the Omo Valley, Ethiopia, Oakland, CA.
- MoFED* 2010: Growth and Transformation Plan (GTP), 2010/11-2014/15, Addis Abeba.

- Mousseau, Frederic/Sosnoff, Granate* 2011: Understanding Land Investment Deals in Africa. Country Report Ethiopia, Oakland, CA.
- Murphy, Raymond* 1996: Social Closure: The Theory of Monopolization and Exclusion, Oxford.
- Nori, Michelle/Switzer, Jason/Crawford, Alec* 2005: Herding on the Brink: Towards a Global Survey of Pastoral Communities and Conflict, London.
- Oakland Institute* 2011: Land Deal Brief South Omo, Ethiopia, Oakland, CA.
- Olisarali Olibui/LaTosky, Shauna* 2015: Pastoralists Do Plan! Experiences of Mursi Land Use Planning, South Omo, Ethiopia, in: International Land Coalition (Hrsg.): Making Rangelands Secure, Bulletin Nr. 6, 4-5.
- Østby, Gudrun/Urdal, Henrik/Tadjoeddin, Mohammad Z./Murshed, Mansoob/Strand, Håvard* 2011: Population Pressure, Horizontal Inequality, and Political Violence: A Disaggregated Study of Indonesian Provinces, 1990-2003, in: Journal of Development Studies 47: 3, 377-398.
- Pausewang, Siegfried* 1983: Peasants, Land and Society: A Social History of Land Reform in Ethiopia, München.
- Pavanello, Sarah* 2009: Pastoralists' Vulnerability in the Horn of Africa, London.
- Peebles, Graham* 2014: Destructive Development and Land Sales in Ethiopia, in: Reid, Alexander R. (Hrsg.): Grabbing Back, Oakland, CA, 61-77.
- PFE/IIRR/DF* 2010: Pastoralism and Land: Land Tenure, Administration and Use in Pastoral Areas of Ethiopia, Nairobi.
- Plummer, Janelle* (Hrsg.) 2012: Diagnosing Corruption in Ethiopia. Perceptions, Realities and the Way Forward for Key Sectors, Washington, DC.
- Popay, Jennie/Escorel, Sarah/Hernandez, Mario/Johnston, Heidi/Mathieson, Jane/Rispel, Laetitia* 2008: Understanding and Tackling Social Exclusion (Final Report of the Social Exclusion Knowledge Network of the Commission on Social Determinants of Health, WHO), Genf.
- Rodgers, Gerry/Gore, Charles/Figueiredo, Jose B.* (Hrsg.) 1995: Social Exclusion: Rhetoric, Reality, Responses, International Institute for Labour Studies, Genf.
- Saraceno, Chiara* 2001: Social Exclusion, Cultural Roots and Diversities of a Popular Concept (Konferenzpapier vorgestellt auf der Tagung »Social exclusion and children«, 3.-4.5.2001), Washington, DC.
- Schlee, Günther* 2010: A Comment on the »Policy Framework for Pastoralism in Africa«, in: Nomadic Peoples 14: 2, 158-163.
- Schlee, Günther* 2013: Why States Still Destroy Pastoralism and How They Can Learn that in Their Own Interest They Should Not, in: Nomadic Peoples 17: 2, 6-19.
- Schubert, Klaus/Klein, Martina* 2011: Das Politiklexikon, 5. Auflage, Bonn.

- Shide, Ahmed* 2005: »Conflict is Everyday Business«. Changing Nature of Local Conflicts in Federal Ethiopia: The Case Study of Ma’eso District, Brighton.
- Soga, Toru* 2009: Sharing System of the »Scarce Resources« in Southern Ethiopia, in: Ege, Svein/Aspen, Harald/Teferra, Birhanu/Shiferaw, Bekele (Hrsg.): Proceedings of the 16th International Conference of Ethiopian Studies, Trondheim, 357-368.
- Strecker, Ivo* 2014: Implications of the International Investors Code of Conduct. The Case of the South Ethiopian Rift Valleys, in: Mulugeta Gebrehiwot Berhe (Hrsg.): A Delicate Balance. Land Use, Minority Rights and Social Stability in the Horn of Africa, Addis Abeba, 38-65.
- Switzer, Jason/Mason, Simon* 2006: Pastoralism. Tip Sheet, Bern.
- Temper, Leah/Martinez-Alier, Joan* 2012: Mapping Resistance & Resilience to the Global Landgrab: Definitions, Financial Activism and Alliances (Konferenzpapier vorgestellt auf der »International Conference on Global Land Grabbing II«, Cornell University, 17.-19.10.2012), Ithaca, NY.
- Tewolde Waldemariam/Fana Gebresenbet* 2014: Socio-Political and Conflict Implications of Sugar Development in Salamago Wereda, Ethiopia, in: Mulugeta Gebrehiwot Berhe (Hrsg.): A Delicate Balance. Land Use, Minority Rights and Social Stability in the Horn of Africa, Addis Abeba, 117-143.
- Tirana Declaration* 2011: Securing Land Access for the Poor in Times of Intensified Natural Resources Competition, Rom.
- Turton, David* 2012: How Not to Do It: River-Basin Development in Ethiopia’s Omo Valley (Resettlement News, 25.1.2012), in: http://indr.org/?page_id=598; 24.7.2015.
- Warren, Mark E.* 2006: Political Corruption as Duplicitous Exclusion, in: Political Science and Politics 37: 4, 803-807.
- White, Ben/Borras, Saturnino M. Jr./Hall, Ruth/Scoones, Ian/Wolford, Wendy* 2012: The New Enclosures: Critical Perspectives on Corporate Land Deals, in: The Journal of Peasant Studies 39: 3-4, 619-647.
- Wolde Giorgis, Elizabeth* 2012: What is »Zemenawinet«? Perspectives on Ethiopian Modernity, Addis Abeba.
- Young, Iris M.* 2001: Inclusion and Democracy, New York, NY.

Die Autorin

Anne Hennings ist derzeit Visiting Researcher bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Phnom Penh, Kambodscha sowie Doktorandin an der Graduate School of Political Science der Universität Münster.

E-Mail: anne.hennings@wwu.de